

Baugewerbe **Gemeinsame Jahresauftakt- Pressekonferenz**

Die Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), Dipl.-Ing. Peter Hübner, und des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, waren anlässlich der gemeinsamen Jahresauftakt-Pressekonferenz in Berlin absolut unisono: "Auch für die neue Bundesregierung muss der Abbau des öffentlichen Investitionsstaus auf allen staatlichen Ebenen wie auch die Fortschreibung der öffentlichen Investitionsetats auf dem erreichten realen Niveau ein Schwerpunktthema bleiben. Mit dem Investitionshochlauf im Bereich der Bundesverkehrswege ist zwar die Investitionswende eingeleitet, wir brauchen aber noch einen lan-

gen Atem, bis wir die Erträge dieser richtigen politischen Weichenstellung aus der vergangenen Legislaturperiode einfahren können." Auch sei das Ziel, den Investitionshochlauf für die Bundesverkehrswege mindestens auf dem heutigen Niveau zu verstetigen, mit Blick auf die Ergebnisse der Sondierungsgespräche von Union und SPD wahrscheinlicher geworden. Dennoch befürchte man, dass die verzögerte Regierungsbildung zu Lasten des Investitionshochlaufs im Bereich der Bundesverkehrswege gehen könne, so Hübner und Loewenstein.

Für beide stehe schon heute fest, dass der Bürger für erhebliche Teile des laufenden Jahres mit einer vorläufigen Haushaltsführung des Bundes leben muss. Die Bauwirtschaft betreffend bestehe deshalb die Gefahr, dass bei einem zu späten Inkrafttreten des Bundeshaushalts 2018 viele Neubaumaßnahmen im laufenden Jahr nicht mehr in Angriff genommen werden können. Hübner und Loewenstein appellierten daher engagiert an die zuständigen Bundesministerien für Verkehr und Finanzen, alle Spielräume des Haushaltsrechts auszuschöpfen, damit die für die Verkehrswegeinvestitionen des Bundes eingeplanten Mittel zügig verbaut werden können.

Auch in Sachen „Schaffung bezahlbaren Wohnraums“ sehen beide Verbandspräsidenten dringenden Handlungsbedarf: Die Wohnungsbautätigkeit werde sich nur erhöhen lassen, wenn die Rahmenbedingungen auch langfristig auf eine steigende In-



**HDB-Präsident
Peter Hübner**

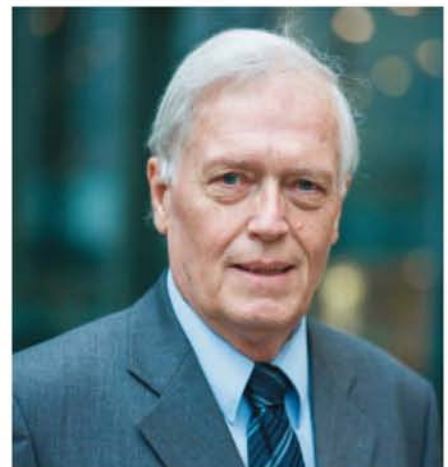
Primärziele

**Öffentliche Investitionen
verstetigen**

**Mehr bezahlbaren
Wohnraum schaffen**

**EU-Entsenderichtlinie
praxisgerecht gestalten**

**Bau und Verkehr wieder
in einem Ministerium
zusammenführen**



**ZDB-Präsident
Hans-Hartwig Loewenstein**

vestitionstätigkeit ausgerichtet würden. Dabei werde die Baubereitstellung zunehmend zum Flaschenhals für neue Bauprojekte.

Hübner und Loewenstein forderten daher Bund, Länder und Kommunen dringend auf, Baubereitstellung als wesentliche Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und Bauen verbilligt bereitzustellen. Beispiel sozialer Wohnungsbau – hier müssten entsprechend dem Bedarf immerhin 80.000 Wohneinheiten jährlich errichtet werden: "Mit knapp 25.000 fertig gestellten Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau 2016 sind wir davon immer noch weit entfernt, obwohl die Länder vom Bund jährlich 1,5 Mrd. EUR dafür bekommen; sie werden den Bedarf ohne eine Mitverantwortung des Bundes nach 2019 auch kaum erreichen können. Deshalb halten wir hier eine entsprechende Anpassung des Grundgesetzes für erforderlich."

Ungemach drohe laut Hübner und Loewenstein auch aus Brüssel. Durch die Revision der Richtlinie werde nämlich die schon jetzt stark belastete Finanzkontrolle Schwarzarbeit wie auch die Unternehmen vor enorme praktische Schwierigkeiten stellen. Die geplanten Regelungen zur Entlohnung, nach denen nicht

mehr auf "Mindestentgelte", sondern allgemein auf "Entlohnung" abgestellt und weitere Vergütungsbestandteile einbezogen werden sollen, sehen sie besonders kritisch. Was dies in den einzelnen Mitgliedstaaten in welchen Regionen umfasse, sei allerdings nicht klar. Die Folge – Rechtunsicherheiten: "Aufgrund unserer langjährigen Erfahrungen mit Kontrollmöglichkeiten, -grenzen und -defiziten halten wir es für ausgeschlossen, dass künftig über Mindestentgelte hinausgehende Vergütungsbestandteile kontrolliert werden können. Mit dem Regelungsvorschlag überfordern wir ein Kontrollsystem, das bereits heute an Grenzen stößt. Da der Vorschlag sich bereits im Trilogverfahren zwischen Europäischer Kommission, Rat und Parlament befindet, ist Eile geboten. Wir appellieren daher an die Triologpartner, praxisgerechte Lösungen zu finden und nicht aus übertriebenem Aktionismus den entsenderechtlichen Rahmen für Arbeitnehmer und Unternehmen ad absurdum zu führen", so Hübner und Loewenstein.

Die Problematik Solo-Selbständiger halten Verbandspräsidenten Hübner und Loewenstein ebenso für unterschätzt. Im Baugewerbe arbeiten ca. 150.000 Solo-Selbständige ohne Tarif- oder Mindestlohn

und ohne Sozialabgaben auf kleinen wie großen Baustellen, und dies belaste zunehmend die preisintensiveren Sozialversicherungspflichtigen: "Wir fordern daher, für alle Selbständigen eine obligatorische Altersversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung oder in privaten Versorgungswerken einzuführen. Dadurch würden einerseits bestehende Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche versicherungsrechtliche Bestimmungen abgebaut und andererseits dem Schutzbedürfnis Selbständiger vor Altersarmut Rechnung getragen", erklärten die beiden. Speziell angesichts der anstehenden >GROKO-Verhandlungen< forderten die Präsidenten der Bauspitzenverbände, dass in der neuen Legislaturperiode Bau- und Verkehrsinfrastrukturpolitik wieder in eine Hand kommen soll: "Die Aufteilung auf zwei Bundesministerien hat sich nicht bewährt. Ebenso wenig wie die Zusammenführung von Umwelt und Baupolitik in einem Haus. Abstimmungsprobleme und Interessenunterschiede konnten über die gesamte Legislaturperiode nicht beseitigt werden. Deshalb sollten alle den Bau und Verkehrsinfrastrukturpolitik betreffenden Themen in einem starken Ministerium für Bau und Infrastruktur gebündelt werden", argumentierten Hübner und Loewenstein. **Theo Kersche**